

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 271

Freitag, den 18. November 1932

Jahrgang 105

Rücktritt des Kabinetts von Papen

v. Hindenburg verhandelt mit den Parteiführern — Heute werden Hugenberg, Raas und Dingeldey, morgen Hitler und Schäffer empfangen — Regierungsbildung voraussichtlich nächste Woche

U. Berlin, 18. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrums-Partei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammenfassung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenschluß dieser Kräfte sicherzustellen. Die SPD. hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft schroff abgelehnt. Die NSDAP. hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, daß von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programme zu unterliegen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einfluß aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, in bestem väterländischem Interesse zu handeln, wenn sie ihr in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei — ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung preiszugeben, — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücksichten auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, dem Reichspräsidenten den Weg völlig frei zu machen, damit er als der Führer der Nation und, gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes, die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

Der Reichspräsident empfängt die Parteiführer.

Die Entscheidung über die weitere Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse ist nach dem Rücktritt des Kabinetts v. Papen nunmehr in die Hände des Reichspräsidenten und der führenden Politiker übergegangen, deren Aufgabe es sein wird, einen Weg aus den Schwierigkeiten zu finden. Von zutändiger Stelle wird zur Erläuterung der kommenden Ereignisse darauf hingewiesen, daß es sowohl im Interesse der Sache als auch im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft liege, wenn dieser Zwischenzustand, der zurzeit besteht, nicht allzulange andauere. Der Reichspräsident hat zunächst eine Anzahl Parteiführer zu sich gebeten, um mit ihnen in den nächsten Tagen Einzelbesprechungen abhalten zu können. Diese Besprechungen sollen aber noch keinen endgültigen Charakter haben. Sie dienen dem Zweck, den Reichspräsidenten über die Auffassung der Parteiführer zu unterrichten. Reichspräsident von Hindenburg legt Wert darauf, daß die eingeladenen Parteiführer nach Abschluß der Besprechungen zunächst in Berlin bleiben, um auch untereinander die Führung zu nehmen, damit sie in der nächsten Woche dem Reichspräsidenten bestimmte Vorschläge machen können, die nicht nur die Personenfrage umfassen sollen, sondern vor allen Dingen auch das wirtschaftliche und politische Programm, das nach Ansicht der Parteiführer durchzuführen wäre.

Für den heutigen Freitag sind zunächst Hugenberg für die Deutschnationalen, Raas für das Zentrum und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu Einzelbesprechungen eingeladen. Für Samstag sind der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, und für die Bayerische Volkspartei Staatsrat Schäffer zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten nach Berlin gebeten worden. Eine Antwort der beiden letztgenannten liegt noch nicht vor. Die in Berlin weilenden Herren haben bereits zugestimmt.

Ueber den Inhalt der Einzelbesprechungen wird, wie von zutändiger Stelle erklärt wird, zunächst nichts bekanntgegeben werden. Die an den Verhandlungen teilnehmenden Herren werden ebenfalls gebeten, nichts mitzuteilen, bis ein Ergebnis vorliegt. In Berliner politischen Kreisen nimmt man an, daß die oben beschriebenen Besprechungen etwa Mitte nächster Woche abgeschlossen sein können. Dann werden voraussichtlich Vorschläge für weitere abschließende Besprechungen gemacht werden. Die Sozialdemokraten sind nach dem Ton und dem Inhalt ihres letzten Antwortschreibens an den Reichskanzler nicht zu diesen Besprechungen eingeladen worden.

Sollte trotz des dringenden Wunsches des Reichspräsidenten aus diesen Besprechungen ein Kabinett der nationalen Konzentration nicht hervorgehen, so hält man es in politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß dann der Reichspräsident ohne Rücksicht auf die auseinanderstrebenden Wünsche der Parteien einen Mann seines Vertrauens zum Reichskanzler ernennen wird. — Theoretisch könnte dies wiederum Herr von Papen sein. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man aber, daß der Reichspräsident dann einen anderen Mann seines Vertrauens zum Reichskanzler ernennen würde.

Die vorgesehenen Einzelbesprechungen der Parteiführer beim Reichspräsidenten gehen, wie verlautet, lediglich in Anwesenheit des Staatssekretärs Meißner vor sich. Die deutsche Außenpolitik wird durch die innerpolitischen Ereignisse keine Aenderung erfahren. Es ist bekannt, daß die Meinungen der Parteien über die außenpolitischen Lebensfragen Deutschlands kaum auseinandergehen, was in vielfachen Kundgebungen und Erklärungen zum Ausdruck gekommen ist. Reichsaußenminister v. Neurath wird sich Ende der Woche, wie vorgesehen, nach Genf begeben, wo in der kommenden Woche über Fragen, die für Deutschlands Zukunft von größter Bedeutung sind, wichtige Verhandlungen stattfinden werden.

Pressestimmen zum Rücktritt des Kabinetts.

Die „Germania“ schreibt, die Regierung v. Papen habe den Weg für eine engere Verknüpfung mit dem Volke und zu einer Neugestaltung freigegeben und dem Lande damit einen großen Dienst erwiesen. Die Entscheidung sei ernst und folgschwer für alle diejenigen, an die der Ruf des Reichspräsidenten mit der Bitte um Unterstützung ergangen werde. Für taktische Erwägungen, halbe Entschlüsse und primitive Rücksichten des Prestiges sei kein Raum, wo große, das Schicksal des Landes bestimmende Entscheidungen getroffen werden müßten. Nun sei die Nationalsozialistische Partei vor aller Öffentlichkeit und im Lichte des hellsten Tages vor die Entscheidung gestellt, ob und unter welchen Bedingungen sie sich in den Staat einschalten und an seinen Aufgaben mitwirken wolle. Der Tag an dem ihr diese Frage von der höchsten Autorität des Reiches vorgelegt werden werde, entscheide über mehr als nur über die Möglichkeit der vom Reichspräsidenten angestrebten politischen Kräftekonzentration. — Die „Vossische Zeitung“ hebt hervor, daß es sich diesmal nicht nur um einen Personenwechsel, um eine Option für rechts oder links oder die Mitte handle, sondern um eine Entscheidung, durch die das deutsche Schicksal auf lange Zeit gestaltet werde. Dieser ungewöhnlichen Bedeutung entspreche auch das ungewöhn-

Tages-Spiegel

Das Kabinett von Papen ist gestern nachmittag zurückgetreten. Reichspräsident v. Hindenburg hat unverzüglich Einzelverhandlungen mit den Parteiführern anberaunt.

Der Reichsrat ist für heute nachmittag einberufen worden. Er wird den Streit des Reiches mit der preussischen Regierung Braun behandeln.

Reichsaußenminister von Neurath wird morgen zur Teilnahme an der außerordentlichen Ratstagung nach Genf abreisen.

Der englische Außenminister gab in Genf den englischen Standpunkt zur Abrüstungsfrage bekannt. Seine Vorschläge werden in Berlin als Fortschritt bezeichnet.

Die amerikanische Regierung besteht darauf, daß die europäischen Schuldnerstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen müssen.

liche Verfahren, das der Reichspräsident gewählt habe. — Der „Berliner Börsen-Courier“ hält es für notwendig, daß keine überhasteten Entscheidungen getroffen würden, sondern daß mit aller Objektivität und Ruhe die Möglichkeiten erwogen würden, wie ein dem Parteienstreit entzogenes Kabinett sich der wenn auch nur indirekten Mitwirkung des Parlaments versichern könnte. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt, man habe diesem Kanzler bis zur allerletzten Minute Zeit gegeben, den Beweis für seinen Optimismus zu erbringen. Heute gebe es nur drei Menschen, die das Schicksal Deutschlands bestimmen: Reichspräsident von Hindenburg, Entschieden werde aber wieder die Person des Generals von Schleicher. Heute, wo der Ausweg eines unbegründeten Optimismus vor der letzten unübersteigbaren Mauer angelangt sei, werde auch General von Schleicher seine Zurückhaltung aufgeben müssen. Der dritte Faktor sei Adolf Hitler. Es sei nunmehr der Augenblick gekommen, die Fäden da wieder anzuknüpfen, wo sie durch die Person des Herrn von Papen zerrissen worden seien. — Die „Östliche Volkszeitung“ schreibt u. a.: Von der deutschen Volkstretung hänge es jetzt ab, in welcher Zeit und in welchem Ausmaß die Zusammenfassung der politischen Kräfte zu einer starken Not- und Arbeitsgemeinschaft möglich sei. Je umfassender die zu schließende Notgemeinschaft wäre, desto idealer wäre die Lösung. Deshalb stelle die Stunde auch eine Frage an Hugenberg, an die kleineren Gruppen und selbst an die Sozialdemokratie. Zum mindesten werde man erwarten müssen, daß diejenigen, die nicht den Mut zur Teilnahme fänden, nicht in hemmungslosen politischen Radikalismus verfielen, der die deutschen Sozialdemokraten direkten Weges in die Arme der Kommunisten führen würde. Die Entscheidung der Nationalsozialisten werde von großer Bedeutung sein. —

England für deutsche Gleichberechtigung

Außenminister Simon spricht in Genf über die englischen Vorschläge zur Abrüstungsfrage

U. Genf, 18. Nov. Der englische Außenminister Simon gab am Donnerstag in einer öffentlichen Sondersitzung des Büros der Abrüstungskonferenz die neue Auffassung der englischen Regierung zu den Grundfragen der Abrüstung bekannt. Mit großer rednerischer Geschicklichkeit und Sicherheit führte der Minister u. a. aus: Die französischen Vorschläge stellen eine so eingehende ausgearbeitete Behandlung der Abrüstungsfrage dar, daß es nicht nur unvorsichtig, sondern unmöglich sei, hierzu in Kürze Stellung zu nehmen. Die Vorschläge verdienen von jedem Standpunkt aus eine genaueste Prüfung. Die englische Regierung erkenne durchaus den Geist dieser Vorschläge an und sei für diese Vorschläge dankbar. Die englische Regierung habe jedoch im Gegensatz zu den französischen Vorschlägen nicht die Absicht, einen neuen Plan vorzulegen, der mit dem französischen Plan konkurrieren könnte. Die englische Regierung suche vielmehr zu einer internationalen Vereinbarung in der Abrüstungsfrage zu gelangen. In dem gegenwärtigen Augenblick beschäftige die englische Regierung zunächst eine Vorfrage, die nach ihrer Auffassung in einer endgültigen Weise gelöst werden müsse, bevor man zu der Ausarbeitung eines ins Einzelne gehenden Abrüstungsplanes schreite. Die englische Regierung suche jetzt die Grundlagen für eine Lösung der Gleichberechtigungsfrage zu finden. Diese Frage halte die Arbeiten der Abrüstungskonferenz auf. Die Erklärung, die er im Namen der englischen Regierung hierzu abgab, werde eine Beseitigung dieser Schwierigkeiten ermöglichen und die Lage in der Weise wieder herstellen, daß sämt-

liche Mitglieder der Abrüstungskonferenz gemeinsam an der Ausarbeitung des konkreten internationalen Abrüstungsplanes auf einer gemeinsamen befriedigenden Grundlage mitarbeiten könnten.

Simon betonte sodann, daß er sich der Einfachheit halber bei der Behandlung der Gleichberechtigungsfrage nur mit dem Fall Deutschlands befassen werde, obwohl auch die gleichen Erwägungen für Desterreich, Ungarn und Bulgarien gelten. Er legte dann den Standpunkt der englischen Regierung zu der Gleichberechtigungsfrage im einzelnen dar: Der Versailler Vertrag sei bindend für alle Unterzeichnerstaaten. Der französische Plan führt jedoch zu einer Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung. Die Deutschland auferlegte Entwaffnung sollte nach dem Versailler Vertrag nur der Auftakt einer allgemeinen Abrüstung bilden. Die seit dem Waffenstillstand ergriffenen Abrüstungsmaßnahmen seien nur teilweise durchgeführt. Deutschland seien Waffen verboten, über die andere Staaten reichlich verfügten. Deutschland habe als Mitglied des Völkerbundes das unbestreitbare Recht, gleichberechtigtes Mitglied zu sein.

Sir John Simon machte sodann dem Büro der Abrüstungskonferenz in vier Punkten einen Vorschlag für die Lösung der Gleichberechtigungsfrage, betonte jedoch, daß es sich hierbei nicht um einen festumrissenen Plan, sondern nur um die Grundlage für die künftige Regelung dieser Frage handeln könne.

Punkt 1: Sämtliche europäischen Staaten vereinigen sich

In der feierlichen Erklärung, daß sie unter keinen Umständen suchen werden, einen Streitfall irgendwelcher Art in der Gegenwart oder Zukunft unter sich mit Gewalt zu lösen.

Punkt II: Die künftigen Beschränkungen der deutschen Rüstung müssen in dem gleichen Abrüstungsabkommen festgelegt werden, in dem die Begrenzung der Rüstungen der übrigen Mächte bestimmt wird. Auf diese Weise wird der Teil V des Versailler Vertrages für Deutschland durch das künftige Abrüstungsabkommen ersetzt. Die Beschränkung der deutschen Rüstungen erfolgt daher in dem gleichen Dokument, wie für sämtliche übrigen Mächte.

Punkt III: Die neuformulierten Begrenzungen der deutschen Rüstungen haben die gleiche Dauer und werden den gleichen Revisionsbedingungen unterworfen wie die sämtlichen übrigen Mächte. Dies bedeutet eine Aenderung von allergrößter Tragweite, da gegenwärtig die Entwaffnungsklauseln des Versailler Vertrages im Gegensatz zu allen sonstigen internationalen Abmachungen zeitlich unbegrenzt sind. Der Grundsatz der Gleichberechtigung fordert jedoch, daß in Zukunft keine Unterscheidung mehr über die Zeitdauer der Abrüstungsbestimmungen unter den einzelnen Staaten gemacht wird. Sämtliche Unterzeichnerstaaten des künftigen Abrüstungsabkommens müssen sich in der Frage der Dauer der Revision in der gleichen rechtlichen Lage befinden.

Punkt IV: Liste der Waffen: Deutschland erklärt, daß es nicht die Absicht habe, aufzurüsten. Deutschland wünscht vielmehr die Anerkennung des Grundsatzes, daß die den anderen Mächten erlaubten Waffen Deutschland nicht verboten bleiben. Es handelt sich hierbei nur um die Waffenkategorien, nicht um die Zahl der Waffen. Wenn Deutschland das Recht der Gleichberechtigung zugestanden wird, so muß gleichzeitig auch der Grundsatz der qualitativen Gleichheit der Waffen anerkannt werden.

Es müßten 2 Feststellungen gemacht werden. Einerseits, das Ziel der Abrüstungskonferenz ist ein Höchstmaß von positiver Abrüstung zu erreichen und nicht im Namen der Gleichberechtigung ein Anwachsen der Rüstungen zuzulassen. Andererseits die uneingeschränkte Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung kann keineswegs sofort entschieden werden. Das Vertrauen zu der Durchführung dieses Grundsatzes wird wachsen, sobald nach dem ersten Schritt der Frieden der Welt sich allgemein als gesichert erweist.

Die gleichen Grundsätze der Begrenzung der Rüstungen müssen für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien angewandt werden. Das Endergebnis kann jedoch nur durch Stapeln erreicht werden. Die dringendste Aufgabe der Abrüstungskonferenz ist, sofort ein Programm für die erste Etappe und sodann erst, falls möglich, die großen Linien für die zweite Etappe aufzustellen. Auf dem Gebiet der politischen Schwierigkeiten werden einige Jahre gut nachbarliche Beziehungen wirksam, den Weg für die zweite Etappe vorzubereiten.

Der englische Außenminister Simon erklärte sodann seinen Vorschlag in den einzelnen Punkten der qualitativen Abrüstung.

Punkt I. Flottenabrüstungen

a) Die englische Regierung verhandelt gegenwärtig mit den Hauptflottenmächten über eine wesentliche Herabsetzung der Flottenrüstungen. Der Grundsatz der Gleichberechtigung verlangt, daß Deutschland in Zukunft ermöglicht wird, Kriegsschiffe von dem gleichen Typus zu bauen, wie er endgültig fest von den großen Flottenmächten angenommen wird.

b) Die englische Regierung erklärt sich bereit, die Kreuzer in Zukunft auf einen Typus von 7000 Tonnen mit 6 Bollgeschützen zu begrenzen, der den gegenwärtig Deutschland erlaubten Kreuzern entspricht.

c) Die englische Regierung besteht auf Abschaffung der Unterseeboote als dem besten Mittel zur Sicherung der Abrüstung und des Friedens.

Punkt II. Landrüstungen

a) Die schweren Tanks müssen noch bis zu einer genau festzusetzenden Grenze verboten werden, dagegen sind leichte Tanks zuzulassen, da diese zum Schutz gegen Maschinenangriffe unerlässlich sind. Auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung wird es unmöglich sein, Deutschland das Recht zum Besitze einer beschränkten Anzahl dieser Waffenkategorien zu verweigern. Die endgültige Zahl muß jedoch bei jedem Lande von dem Charakter der einzelnen Armeen abhängig gemacht werden. Die Zahl der Deutschland erlaubten Tanks muß in direkten Verhandlungen mit Deutschland festgesetzt werden.

b) Der Vertrag von Versailles verbietet Deutschland Geschütze über ein Höchstkaliber von 105 mm. Die englische Regierung schlägt daher vor, daß die Geschütze sämtlicher Mächte auf einen derart einheitlichen Typus zurückgeführt werden.

Punkt III. Lufrüstungen

Die Luftwaffen haben, wie keine Waffen, einen ausschließlich internationalen Charakter. Auf dem Wege eines internationalen Abkommens könnten sämtliche Militär- und Luftfahrzeuge, sowie der Vornamenwurf aus der Luft aufgehoben werden. Gleichzeitig mit der Schaffung einer wirksamen internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt jedoch stößt ein derartiges Programm auf die größten Schwierigkeiten. Die englische Regierung wünscht jedoch die Durchführung eines solchen Programms mit den übrigen Regierungen zu prüfen. Die englische Regierung macht hierzu folgende drei Vorschläge:

- I. Sofortige Herabsetzung der Lufrüstungen der Großmächte auf den Stand der Lufrüstungen Englands.
- II. Herabsetzung um 33 Prozent der Lufrüstungen sämtlicher Mächte, einschließlich Großbritanniens.
- III. Beschränkung des Leergewichtes der Militärflugzeuge auf eine noch festzusetzende Mindestzahl. Die englische Regierung schlägt ferner vor, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Herabsetzung der Lufrüstungen vorgenommen wird.

In Erwartung der Prüfung dieser Vorschläge, an denen Deutschland teilnehmen muß, hält es die englische Regierung für vernünftig, daß Deutschland bis dahin sich der Forderung einer militärischen und Flottenluft-

fahrt enthält. Der englische Außenminister behandelte sodann zum Schluß die Frage der quantitativen Abrüstung, die nach seiner Auffassung außerordentlich langjährige und eingehende Verhandlungen notwendig machen würde.

Der englische Außenminister erklärte zum Schluß, daß die englische Regierung den Vorschlag einer ständigen Kontrollkommission des Völkerbundes annehme und daß in Zukunft sämtliche Staaten in gleicher Weise der Kontrolle der Rüstungen unterworfen werden müßten. Simon schloß mit der Erklärung, daß die englische Regierung jetzt einen Vorschlag gemacht habe, um nunmehr ein neues und solides Gebäude der Abrüstung errichten zu können.

Fremdliche Aufnahme in Berlin.

In Berliner politischen Kreisen wird zur Rede des englischen Außenministers in Genf folgendes ausgeführt: Die Rede Sir John Simons zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, daß die englische Regierung bereit ist, das Abrüstungsproblem tatsächlich vom Gleichberechtigungsproblem aus zu behandeln. Während der französische Plan zwar anerkennt, daß der Teil V des Versailler Vertrages durch eine für alle Mächte gleichlautende und gleichbindende Konvention ersetzt werden muß, dann aber schließlich auf Sicherheitsforderungen hinausläuft, macht Sir John Simon darüber hinaus, wie er es auch schon in seiner Unterhandlung zum Ausdruck brachte, wirklich praktische Vorschläge zur Frage der Abrüstung. Wenn sicher auch noch viele Einzelfragen geklärt werden müssen, so bedeutet die Simonrede nach Ansicht Berliner politischer Kreise doch einen begrüßenswerten Fortschritt. Das Wort hat nun Frankreich. Es ist selbstverständlich, daß die Ausführungen Sir John Simons allein Deutschland nicht an den Verhandlungstisch der Abrüstungskonferenz bringen können. Notwendig dazu ist das Einverständnis Frankreichs, auf dessen Schültern die Verantwortung dafür ruht, ob die Abrüstungskonferenz wirkliche Ergebnisse haben wird.

Starker französischer Widerstand

Die Vorschläge der englischen Regierung für die Lösung der deutschen Gleichberechtigungsfrage sind, wie jetzt bestätigt wird, auf außerordentlich starken Widerstand der leitenden französischen Kreise gestoßen. Man wirft der englischen Regierung vor, der deutschen Regierung das Geschenk der Gleichberechtigung ohne jede Gegenleistung auf dem Gebiete der allgemeinen Sicherheit und der Garantie des gegenwärtigen territorialen Status Europas gemacht zu haben. Von französischer Seite wird ferner geklärt, daß die deutsche Forderung, daß der englische Plan zur Wiederaufrüstung Deutschlands führe und damit im Gegensatz zu den allgemeinen Grundgedanken der Abrüstungskonferenz stehe. Ebenso werden in französischen Kreisen die Erklärungen des englischen Präsidenten Henderson in der Vormittagsitzung kritisiert und Henderson vorgeworfen, in seinen Ausführungen allzu weit dem deutschen Standpunkt entgegengekommen zu sein.

Dagegen besteht in den übrigen internationalen Kreisen mit großer Uebereinstimmung jetzt die Auffassung, daß die Aufhebung der Entwaffnungsbestimmungen des Teiles V des Versailler Vertrages und die Anerkennung der theoretischen Gleichberechtigung Deutschlands nicht mehr aufzuhalten seien, da die Großmächte — bis auf Frankreich — jetzt der englischen Initiative folgen würden und auf die Dauer der französische Widerstand nicht aufrecht zu erhalten sei.

Amerika besteht auf Schuldzahlungen

Die Aussprache zwischen Hoover und Roosevelt.

II. Newyork, 18. Nov. Präsident Hoover und sein Nachfolger Roosevelt hatten am Donnerstag eine telefonische Unterhaltung, in deren Verlauf sie sich einigten, am kommenden Dienstag nachmittag im Weißen Haus in Washington die schwebenden Probleme, insbesondere die Schuldenfrage, gemeinsam zu besprechen.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat das Kabinett Hoover beschlossen, daß die europäischen Schuldner zahlen müssen. Die Verantwortung der Noten wird für nächste Woche erwartet. Senator Borah erklärte, daß angeht die Haltung des Kongresses jede andere sartige Haltung des Kabinetts aussichtslos wäre. In den dem Weißen Haus nahestehenden Kreisen verlautet, daß Hoover dem Kongress eine Verlängerung des nach ihm benannten Moratoriums nicht vorschlagen werde. Hoover soll einigen Senatoren gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, daß er über den überaus ungünstigen Zeitpunkt der Ueberreichung der Schuldennoten außerordentlich überrascht gewesen sei. Das demokratische Blatt „American“ behauptet, Hoover sei zur Schlussfolgerung gelangt, daß Europa entweder zahlen oder offen in Verzug geraten müsse.

Der Zeilhaber an der Morgan-Bank, Lamont, bezeichnete in einer Rede in Newyork die Zahlungen der Kriegsschulden als gerecht. Die Schulden seien aber uneintreibbar. Die Krise müsse durch Wiederaufbau des kapitalistischen Systems mit Hilfe des wirtschaftlichen und politischen Friedens überwunden werden. Dabei müsse Amerika die Führung übernehmen.

Das Ergebnis der deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen

— Paris, 17. Nov. Der Unterstaatssekretär für nationale Wirtschaft, Patenotre, empfing die Presse, der er die Ergebnisse der Berliner Reise der Unterkommision der deutsch-französischen Wirtschaftskommission darlegte. Die in Aussicht genommenen öffentlichen Arbeiten würden von den mit der Finanzierung betrauten Banken aufmerksam geprüft werden, um so mehr, als diese Banken Obligationen würden ausgeben müssen. Diese Arbeiten würden den Vorteil haben, dem in der Welt thesaurierten Kapital eine nützliche Anlage zu bieten. Sie würden die Wirtschaft der drei dem Syndikat angehörenden Länder begünstigen und den Arbeitern Beschäftigung und den Industrien einen Absatzmarkt schaf-

fen. In Berlin habe man auch die Schaffung eines dritten Konsortiums im Hinblick auf die Elektrifizierung gewisser Länder Europas in Angriff genommen.

Diese Arbeiten, die sich bis zu 7000 Kilometer Eisenbahnstrecke ausdehnen könnten, seien auf 17 Milliarden Franken beziffert, wodurch 400 000 oder 500 000 Arbeitsstage für die Arbeitslosen geschaffen würden. Zur Bildung dieses Konsortiums würde am 2. Februar eine Tagung in Paris stattfinden. Als allgemeinen Eindruck der Berliner Verhandlungen betonte Patenotre den beiderseitigen Willen, von der Theorie zur Praxis überzugehen. Er betonte ferner den Geist der Zusammenarbeit, des Entgegenkommens und des guten Willens, den er sowohl bei den Berliner Mitgliedern der Kommission wie auch bei den Persönlichkeiten aus den Regierungskreisen, mit denen er zu sprechen Gelegenheit gehabt habe, gefunden habe. Allgemein sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die französische und die deutsche Wirtschaft in Europa eine Macht darstellten, die nur Vorteile aus einer neuen Gruppierung erzielen könnte. Dieser Eindruck sei ihm auch vom Reichskanzler von Papen bestätigt worden. Das gleiche sei bei seinen Besprechungen mit Reichsaussenminister von Neurath und Staatssekretär von Bülow geschehen. Aus allen diesen Unterredungen habe sich ein günstiger Eindruck ergeben.

Zurück zu Bismarcks Verfassungsverk

II. München, 17. Nov. Staatsrat Dr. Schmeling, der frühere bayerische Finanzminister und jetzige Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs äußert sich in der „Münchener Zeitung“ über Bismarcks Verfassungsschöpfung und schreibt, die Weimarer Verfassung habe bewirkt und gewollt diesen Grundsatz verlassen. In dieser Abkehr von natürlichen Grundlagen des Reiches liege die Ursache des Versagens der Weimarer Verfassung. Nur der Bismarcksche Föderalismus habe das Deutsche Reich möglich gemacht. Nur die Rückkehr zu diesem Föderalismus könne die Uebel beseitigen, die sich aus der Weimarer Verfassung ergeben hätten. Praktisch bedeute das die Rückkehr zum Verfassungsgeheimnis. Jede Reichsreform müsse von den Grundlagen ausgehen, die Bismarck dem Reich gegeben habe.

Politische Kurzmeldungen

Es kann damit gerechnet werden, daß vom Reichswahlleiter morgen das endgültige Wahlergebnis bekanntgegeben wird. Das Zentrum wird voraussichtlich noch einen weiteren Sitz auf der Reichsliste bekommen und damit über 70 Mandate verfügen. — Die Gesamtwahlkosten im Jahre 1932 sind auf 78 075 900 Mark errechnet worden. Es ist zu hoffen, daß man in Deutschland ein solches Wahljahr nicht mehr erleben wird, das gerade in einer Notzeit wie der jetzigen Beträge verschlingt, die an anderer Stelle verausgabt so unendlich viel zu einer Besserung wirtschaftlicher Verhältnisse von Zehntausenden Mitbürgern beitragen würden. — Der frühere Kommandant der „Niobe“, Kapitänleutnant Ruffus, der bisher zur Verfügung des Inspektors des Bildungswesens der Marine stand, ist zum Navigationsoffizier des Kreuzers „Königsberg“ befohlen worden. — Reichsaussenminister Freiherr von Neurath wird am Samstag zur Teilnahme an der außerordentlichen Ratstagung nach Genf abreisen. — Ministerpräsident Herriot empfing am Donnerstag den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch, der sich auf der Durchreise von London nach Genf in Paris aufhielt. Die beiden Staatsmänner unterhielten sich über den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan. — In der Londoner Ader-Hall fand unter Vorsitz von Lord Cecil eine große Abrüstungskonferenz statt. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der u. a. eine weitgehende Abrüstungspolitik, die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, keine Wiederaufrüstung irgend eines Staates und ein Verbot der Angriffswaffen gefordert wird. — Die dritte englisch-indische Konferenz, die am Donnerstag unter Vorsitz Macdonalds im englischen Oberhaus eröffnet wurde, hat die Aufgabe, alle noch strittigen Punkte in der endgültigen Festlegung der indischen Verfassungsreform, die die ganzen Fragen der indischen Selbstverwaltung sowohl in den indischen Staaten, wie in Britisch-Indien umfaßt, zu beseitigen. — Durch einen Erlass des italienischen Ministerrats werden 18 bekannte Antifaschisten, die im Jahre 1926 mit dem Verlust der Staatsbürgerschaft und der Vermögensbeschlagnahme bestraft worden waren und ins Ausland flüchteten, mit sofortiger Wirkung begnadigt. — In Sevilla traten die Bäckergesellen in den Ausstand, dem sich bald auch die Straßenbahner und die Autodroschkenausleiher anschlossen. Die Führer der Streikbewegung versuchen, auch die Hafen- und Transportarbeiter für den Streik zu gewinnen. — Der amerikanische Senator Reed unterrichtete Hoover, daß das Bundesparlament gegen ein weiteres Kriegsschuldenmoratorium ist.

Große Betrügereien in Wien aufgedeckt

Die Wiener Polizei ist einem großangelegten Betrugsunternehmen auf die Spur gekommen. Wiener Kaufleute wurde voegespiegelt, ihre Schulden durch einen Vermittler im „freien Reichsmarkt“ abdecken zu können. Der Betrüger sandte reichsdeutschen Firmen kleine Beträge und fälschte die Postbestätigungen auf hohe Summen um. Dann ließ er sich von den betreffenden Kaufleuten den vollen Gegenwert der gefälschten Summen in Schecklingen auszahlen. Der Schaden wird auf rund 900 000 RM geschätzt. Nachgewiesen ist einstweilen ein gelungener Betrug im Betrag von 8000 Schilling und ein mißlungener Betrugsfall in der Gesamtsumme von 10 000 Schilling. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit wurde ein Wiener Kaufmann namens Pächler verhaftet. Zwei weitere Personen werden verfolgt, die flüchtig sind. Es besteht die begründete Vermutung, daß es sich um ein großes Konsortium von Schwindlern handelt.

Berücksichtigen Sie die Inferenten dieses Blattes

Kleine politische Nachrichten

Polnische Währung bei der Danziger Eisenbahn. In Danzig traf ein höherer Beamter des polnischen Verkehrsministeriums ein, der die Vorbereitungen für die Durchführung der Flotzabgaben an die Danziger Eisenbahnkassen treffen soll. Dem Vernehmen nach sollen 42 Wechselkassen auf den Bahnhöfen des Danziger Freistaatsgebietes eingerichtet werden, bei denen das Danziger Publikum sich Danziger Guldenwährung in Floty zum Zwecke des Fahrkartenverkaufs einwechseln kann.

Danzig gegen die polnischen Machtgelüste. Die Danziger Wirtschaftsabordnung veröffentlicht eine Stellungnahme zum Abbruch der Danzig-polnischen Verhandlungen, in der es heißt: „Polen setze auf dem Standpunkt, daß die Freie Stadt auf die ihr vertraglich eingeräumten Rechte verzichten und sich in den Wirtschaftskörper der Republik Polen vollkommen eingliedern müßte. Gegenüber dem Vorgehen Polens sei die Freie Stadt entschlossen, die von Polen geforderte völlige Eingliederung in seinen Wirtschaftskörper aufs schärfste zurückzuweisen. Sache der Völkerverbändeinstanzen werde es nun sein, zur Wahrung der gefährdeten Rechte Danzigs die erforderlichen Entscheidungen schnellst zu treffen und ihre Durchführung sicherzustellen.“

Vor neuen Kämpfen in der Nordmandschurei. Der nordmandschurische Aufständische General Supingwen hat alle japanischen Vermittlungsversuche ausgeschlagen. Er hat durch den russischen Außenkommissar Karachan der japanischen Regierung mitteilen lassen, daß er die in Lauria versammelte japanische Abordnung, die mit ihm über einen Waffenstillstand verhandeln wolle, nicht empfangen werde. Die japanischen Behörden scheinen jetzt einen Vernichtungsfeldzug gegen Supingwen zu planen.

Aus aller Welt

Gronau und seine Begleiter beim Reichspräsidenten

Der Weltflieger Wolfgang von Gronau und seine Begleiter, der Fluglehrer Gert von Roth, der Bordwart Franz Hack und der Funklehrer Fritz Albrecht erstatteten Donnerstag mittag dem Reichspräsidenten einen Bericht über ihren Weltflug. Der Reichspräsident sprach den Herren aufrichtige Anerkennung und seine herzlichsten Glückwünsche zu ihrer hervorragenden Flugleistung aus.

Große Erdölflut in Oesterreich

In der Nähe von Pfistersdorf in Nieder-Oesterreich ist eine Erdölquelle erschlossen worden. Der Professor der Wiener Technischen Hochschule, Sulda, erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die volkswirtschaftliche Auswirkung dieser Erdölflut nicht auszudenken sei und daß durch diese Flut Oesterreich vor einer wirtschaftlichen Sanierung stehe. Das Quantum des bisher erschlossenen Erdöls genüge bereits, um die Staatshaftung für die Kreditanstalt in der Höhe von 500 Millionen ziemlich wettzumachen.

Druck über Nord-Norwegen

Ueber Nord-Norwegen ist wiederum ein furchtbarer Druck niedergegangen, der große Verheerungen angerichtet hat. In Selmas auf der Magerø sind alle Gebäude durch den Sturm zerstört worden. 15 Schifferboote sind abgetrieben worden und zerschellt. Von den großen Gebäuden des Ortes steht nur noch das Wohnhaus des Kaufmannes und die Telephonstation. Auch das Postamt ist umgeweht. Noch schlimmer ist es in dem Hafen Ofsoa ergangen. Die gesamte Fischerflotte dieses Districts, die vor Anker lag, ist zerschellt. Die meisten Fischerfamilien haben alles, was sie besaßen, dadurch verloren. Die norwegische Regierung wird wahrscheinlich eine Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung in die Wege leiten müssen.

Württembergischer Landtag

Statistik über kinderreiche Familien.

Die Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes haben im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Landtag und Regierung haben wiederholt die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit bekundet, daß bei den Fürsorge- und Steuererleichterungsmaßnahmen die Wünsche der kinderreichen Familien

soweit als irgend möglich berücksichtigt werden sollen. Es wäre erwünscht, wenn aus einer genauen, neuesten Statistik jederzeit die Zahl der kinderreichen Familien ersicht werden könnte. In den letzten Wochen mußten Haushaltslisten mit genauen Angaben u. a. auch über die Zahl, das Alter und den etwaigen Lebensunterhalt der Kinder zu einer Personenstands- und Betriebsaufnahme für das Landesfinanzamt ausgefüllt werden. Aus diesen Listen könnte obige genaue Statistik ohne größere Ausgaben angefertigt werden. Es darf angenommen werden, daß das Landesfinanzamt diese Listen für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Ist das Staatsministerium bereit, dafür Sorge zu tragen, daß auf diesem Wege eine Statistik über die Zahl der Familien, sowie über die Zahl und das Lebensalter der Kinder in den Familien in tunklischer Weise angefertigt und auch dem Landtag zur Verfügung gestellt wird?

Entschädigungen an Unwettergeschädigte.

Die kleine Anfrage der Abg. Murr und Gen. betr. Entschädigungen an Unwettergeschädigte, hat das Innenministerium wie folgt beantwortet: Die in der Anfrage genannten Schadensbeträge stellen den Gesamtschaden dar, der in den einzelnen Bezirken durch Unwetter entstanden ist. Sie enthalten auch Beträge für Hagelschäden und für Schäden, die nicht Privatpersonen, sondern Gemeinden betroffen haben. Diese Schäden können von der Zentralleitung für Wohltätigkeit nicht berücksichtigt werden. Nach Abzug der darauf entfallenden Beträge ergeben sich für angemeldete Wassertschäden von Privatpersonen folgende Zahlen: Oberamt Nagold 175 320 Rm., Oberamt Leonberg 175 433 Rm., Oberamt Herrenberg 123 024 Rm., Oberamt Calw 39 100 Rm., Oberamt Vaihingen 575 780 Rm.

Auch diese Beträge sind der Verwilligung von Beihilfen nicht in vollem Umfang zugrunde gelegt worden. Die Gemeinden wurden vielmehr von der Zentralleitung für Wohltätigkeit veranlaßt, diejenigen Personen namhaft zu machen, die nach der Größe ihres Schadens und nach ihren sonstigen Verhältnissen dringend einer Unterstützung bedürften. Bei diesem Verfahren bleiben zur Berücksichtigung noch folgende Schadensbeträge: im Oberamt Nagold 160 000 Rm., im Oberamt Leonberg 133 000 Rm., im Oberamt Herrenberg 50 000 Rm., im Oberamt Calw 10 400 Rm., im Oberamt Vaihingen 30 000 Rm. Für diese Schäden hat die Zentralleitung für Wohltätigkeit Beihilfen gewährt, und zwar durchschnittlich in Höhe von 15 Prozent des angemeldeten Schadens. Bei den Oberämtern Leonberg und Herrenberg sind die Beihilfen etwas niedriger festgesetzt worden, weil die Nachprüfung der Schadensmeldungen ergeben hatte, daß die Schäden dort zu hoch beziffert waren.

Aus Württemberg

Fastnachtstunbarkeiten 1933.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach einer demnächst im Regierungsblatt erscheinenden Verordnung des Innenministeriums ist auch für 1933 jedes Fastnachtstreiben, insbesondere jede Art von Faschingsumzügen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Auf das harmlose öffentliche Fastnachtstreiben von Kindern unter 14 Jahren erstreckt sich das Verbot nicht. Für die in einzelnen Orten des Landes üblichen althergebrachten Faschingsumzüge können die zuständigen Oberämter Ausnahmen von dem Verbot zulassen. Für Fastnachtsveranstaltungen jeder Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle, dürfen die zuständigen Behörden vor dem 4. Februar 1933 weder Längerlaubnis noch Verlängerung der Polizeistunde, noch die etwa erforderliche Erlaubnis zum Musizieren erteilen. Auch für die hienach zugelassenen Veranstaltungen darf die Polizeistunde keinesfalls über 2 Uhr hinaus verlängert werden. Im übrigen sind die Polizeibehörden angewiesen, soweit dies gesetzlich möglich und angesichts der Zeitverhältnisse überhaupt noch nötig ist, auf die Einschränkung der Fastnachtstunbarkeiten hinzuwirken, sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den zugelassenen Veranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere, daß die halbwegsige Jugend und Personen, die in ungeeigneter Kleidung erscheinen oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

Millionen auf der Sandstraße

Roman von Anny v. Panhuys.

53. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Allerschönste Sennora, wollen gleich über alle Dinge zur Klarheit kommen. Ich möchte Ihnen deshalb hier einige Dokumente vorlegen, um meine Identität zu beweisen.“

Sie tat abwehrend, bildete es aber, daß er ihr seinen Paß zeigte und verschiedene andere Papiere, die ihr die Echtheit seines Namens und Titels verbürgten.

Er sagte: „Es gibt Hochstapler, heutzutage mehr denn jemals. Sie sollen sicher sein, wenn Sie Ihre Ehre und Ihre Zukunft anvertrauen. Im übrigen erlaube ich mir vorzuschlagen, Sie begeben sich, bis die Scheidung ausgesprochen, unter den Schutz meiner Schwester. Sie befindet sich zurzeit noch in Madrid mit ihrem Gatten, doch schon in Kürze will sie ihr Landhaus in Malaga beziehen, wie alljährlich um diese Zeit. Dort könnten Sie bei ihr bleiben und abwarten, bis —“ seine Stimme klang heiser und erregt, als er vollendete: — bis ich Sie als mein Weib nach Montecasa führen darf.“

Freda lächelte ihn zustimmend an. Sie hätte die ganze Welt umarmen mögen, so freudig war sie gestimmt.

Sie besprachen, während sie beide von den appetitlich belegten Schnitten und den guten kalten Vorspeisen naschten, alles ihnen besonders Wichtige und man verabredete, daß Freda die Paßangelegenheit ordnen sollte und man dann gemeinsam abreisen wollte.

Mit seiner Schwester beabsichtigte sich der Graf durch Despeschen zu verständigen.

„Am besten für die Abreise paßt mir der Samstag“, meinte Freda. „An dem Tag kommt Joachim nicht, wie sonst schon um zwei Uhr zu Tisch, sondern erst um fünf, und verläßt schon morgens um sieben das Haus. Bis er an dem Tag erfährt, was eigentlich los ist, sind wir schon sehr weit fort.“

Ganz heiß war ihr vor lauter Zukunftsfreude. Gräfin

wurde sie, Schloßbesitzerin, eine Dame der spanischen Hofgesellschaft!

Sie erhob sich und in jedem Uebermut ging sie um den Tisch herum auf den Grafen zu, legte ihre Fingerspitzen an seine Schläfen, drehte seinen Kopf ein wenig und wollte ihn küssen.

Er aber wehrte ihr mit leichter Heftigkeit.

„Nicht so, allerschönste Sennora, bitte, führen Sie mich nicht in Verwirrung! Ich bin wie ein Besessener vor Verlangen nach Ihren süßen Lippen, aber ich darf Sie nicht küssen, ehe Sie frei sind, denn die zukünftige Condesa de Montecasa soll mir und ich ihr nichts vorzuwerfen haben.“

Freda hätte fast gelacht.

Was hatte der Graf nur für eigentümliche Moralbegriffe, mußte sie denken.

Er kam ihr über ein paar Länder weit nachgereist, war damit einverstanden, daß sie heimlich mit ihm auf und davon ging und litt an Hemmungen, die uralten waren.

Man verabredete, sich übermorgen, am Mittwoch nachmittag, hier in r kleinen eleganten Weinstube wieder zu treffen. Bis dahin hoffte Freda ihren Paß in Ordnung zu haben. Zum Glück verwehrt sie ihn noch von ihrer Hochzeitsreise her selbst. —

„Was hast du nur heute, Liebste?“ fragte Joachim Marcus am Abend mehrmals verwundert seine Frau, die ihm auf die einfachsten Fragen konfuse Antworten gab.

Sie lachte. „Ich freue mich, jung zu sein, weil mir da das Leben doch noch allerlei Schönes bringen kann. Es gibt ja auch im wirklichen Leben Geschehnisse, die wie Märchen sind.“

Er stuzte und sagte verwundert: „So habe ich dich noch nie reden hören. Ist dir etwas Besonderes begegnet?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Bewahre! Nur ist mir heute ein bißchen romantisch zumute. Du hast dergleichen ja gern.“

Er neckte sie: „Dumme kleine Freda, der Frühling spukt schon in dir herum. Etwas verfrüht zwar, aber so bist du mir lieber wie die Freda von heute mittag, die ein schrecklich gelangweiltes Gesicht schnitt.“

Aus Stadt und Land

Calw, den 17. November 1932.

Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose

Der Calwer Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung mit großer Mehrheit eine Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose und Bedürftige verwilligt. Es stehen zu diesem Zweck 1400 Rm. aus Stiftungen zur Verfügung; von einer Verwendung öffentlicher Mittel wie im Vorjahr wurde Abstand genommen. Die Beihilfe, die schon Anfang kommenden Monats ausgegeben wird, dürfte sich im Rahmen der vorjährigen halten; auch können heuer wieder dank privater Wohltätigkeit über die Stadt, Fürsorge hinaus Brennmaterialien für Bedürftige bis zu 5 Zentner je Familie ausgegeben werden. — Die Fischwasserverpachtung wurde vom Gemeinderat auf 10 weitere Jahre an die seitherigen Pächter vorgenommen, und das Pachtgeld, das künftig jährlich neu geregelt werden soll, von 700 auf 510 Rm. ermäßigt.

Von der Landwirtschaftsschule Calw.

Die Landwirtschaftsschule Calw wird im Winterhalbjahr 1932-33 von 13 Schülern im oberen und 24 Schülern im unteren Kurs besucht. Von den 37 Schülern stammen 32 aus dem Oberamtsbezirk Calw und 5 aus dem Oberamtsbezirk Neuenbürg. Der Unterricht in den Nebenfächern wird von anschlüssweise beschäftigten Lehrkräften, der landwirtschaftliche Fachunterricht vom Schulvorstand, Landwirtschaftslehrer P f e i s c h, erteilt.

Große Schadenfreude

erlaubten sich Sonntag nacht zwei junge Burschen aus Würzbad und Raiblach. Sie warfen einem Bienezüchter aus Würzbad 6 mit Bienenvölkern eingewinterte Kästen im Bienebestand um, wodurch dem Bienezüchter ein ganz beträchtlicher Schaden entstand. Damit war aber der Unmut noch nicht ausgekocht. Beim Nachbar wurde der Schweinestall aufgemacht, so daß das Schwein durchging. Dank einiger hilfsbereiten Leute konnte letzteres in der mondhellsten Nacht alsbald wieder eingefangen werden. Weiter ging es dann ins nächste Haus. Dort wurden verschiedene Zuchten raffereiner Stallhasen, welche gesondert in Ställen waren, zueinander in einen Stall gesperrt und ein Stück davon gestiftet. Dank der Hilfe eines Landjägers aus Calw konnten die Burschen dingfest gemacht werden.

Wetter für Samstag und Sonntag

Ein breiter Hochdruckrücken erstreckt sich von Osten bis nach Island. Für Samstag und Sonntag ist trockenes, wenn auch mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Neuenbürg, 17. Nov. Unser Marktplatz hat in seiner westlichen Ausfahrt, der Zuleitung zur alten Pforsheimer Straße, zum Bezirkskrankenhaus und verschiedenen Bezirksorten ein anderes Gesicht bekommen. Das schon 1919 von der Stadt zur Verbesserung der Durchfahrt der Marktstraße angekaufte ehemalige Schwaube Anwesen ist in den letzten Tagen abgebrochen und eingeebnet worden. Verhinderte anfänglich die allgemeine Wohnungsnot den Abbruch des Gebäudes, so war es in den letzten Jahren die vorgelegene und nunmehr durchgeführte Stromverlegung der Stadt, die bisher die Durchfahrt der „freien Fahrt- und freien Sicht“-Bestrebungen verhinderte. Durch den nunmehr vollzogenen Abbruch hat die Durchfahrt der Marktstraße nicht nur an Raum, sondern auch an allgemeiner Sicht sehr gewonnen. Der nicht ganz ungefährliche Abbruch wurde durch Wohlfahrtsvereine unter Leitung des Stadtbauamtes ohne Verheerung innerhalb 10 Tagen ausgeführt.

Calw, 18. Nov. Von seinem täglichen Vormittagsspaziergang ist der 78jährige Oberlehrer i. R. Wörner am Dienstag mittag nicht zurückgekehrt. Man fand ihn nach längerem Suchen in der Nähe des Waldfriedhofs tot auf, wo er infolge eines Schlaganfalls gestorben war.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparfam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Ertrag dafür zurück.

Dummkopfl dachte Freda und fand, im Grunde waren alle Männer dumm, der eine auf diese, der andere auf jene Art, dagegen war eine Frau stets klug, wenn sie nur jung und schön war und ihre Chancen zu nützen verstand.

21.

Joachim hatte einen Brief aus Spanien erhalten von Jose Colina, der ihm vorjammerte, Mirandas Erfindung, deren Eigentumsrecht er noch immer anzweifelte, habe sich glänzend bewährt. Die Ueberführung des Bahnviaduktes neben dem Gelände der Miranda-Gesellschaft hätte den Beweis erbracht.

Man habe vorher mancherlei gehört, die Ingenieure und Arbeiter hätten eine Katastrophe erwartet. Zwar wären die Eiseneinlagen in den üblichen Stärken verwendet worden, auch die Holzverschalungen, jedoch alle Querschnitte nur in den halben der notwendigen Stärken.

Aber die Sandprobe habe die Festigkeit und Zuverlässigkeit der Ueberführung bewiesen. Miranda habe sogar eine stärkere Belastung gewünscht wie vorgeschrieben. Das Resultat der Prüfung hätte nur Staunen und Bewunderung erregt. Miranda schneide ein Gesicht wie Edison und Ford zusammen schneiden würden, wenn sie eingebildet genug dazu wären.

Und er selbst bedauere, der geheimnisvollen Sache mit dem verurteilten Bengel damals nicht radikal nachgegangen zu haben. Er mache sich große Beweisschiffe deshalb.

„Denn, ein für allemal, amigo mio,“ schloß der lange Brief, „die Geschichte stimmt nicht, und wenn Sie es mir vielleicht auch übel nehmen, so kann ich Ihnen den Vorwurf doch nicht ersparen, Sie waren, als Sie zum zweitenmal nach Barcelona kamen, zu lauwarm, zeigten viel zu wenig Interesse. Die Gegenwart Ihrer schönen Gattin trug die Schuld, aber immerhin, es ging doch um etwas so Großes, schade, ewig schade! Hätten wir nur den mysteriösen Bengel Miranda erntet jetzt, was andere gäbe. Ich tue mir leid, Sie tun mir leid und Ihr seliger Vater tut mir ganz besonders leid!“ (Fortsetzung folgt.)

Nagold, 18. Nov. Zweck Gründung eines neuen Musikverbandes „Nagoldtal“ ist auf 4. Dezember eine Versammlung der interessierten Musikvereine und Kapellen in Calw anberaumt worden. Hierzu wird auch Musikdirektor Kromer aus Freiburg erscheinen.

Herrenberg, 17. Nov. Der Gemeinderat beschloß, nach dem Vorschlag des Vorstehers, für 1933 4000 Rm. zu nutzen, und zwar 2585 Rm. für Hauptnutzung (311 Rm. Altschule, 2050 Rm. sonstiges Laubholz, 165 Rm. Nadelholz) und 1465 Rm. Durchforstung (87,1 Ha. Fläche). Der Nutzungsplan soll der jeweiligen Marktlage entsprechend vollzogen werden. Wegen der großen Arbeitslosigkeit sollen bei dem in den nächsten Tagen abzuschließenden Holzhauseraktord nur die flache Einwohner berücksichtigt werden. Wegen des Holzabfalls sollen neue Wege gesucht, insbesondere mit Nachbargemeinden in Verbindung getreten werden.

St. Wendes, 17. Nov. Mittwoch nacht gab es auch auf der Höhe starke Nebelbildung. Rässe und Frost verursachten böses Glätteis, das für Menschen, Tiere und Fahrzeuge sehr gefährlich war.

St. Wendes, 17. Nov. Bei der kürzlich stattgefundenen Zwangsversteigerung ging das Hotel a. Döfen in die Hände der Klosterbrauerei Karl Glauner-Alpirsbach über. Gestern fand nun die Uebernahme statt. Mit der Wirtschaftsführung wurde Direktor Bopp betraut. Direktor Bopp leitete 23 Jahre lang das Hotel Klump zum „Quellenhof“ in Wildbad und u. a. auch das Kurhotel Kloster Hirsau.

St. Wendes, 17. Nov. Gestern nachmittag waren an einem Neubau in der Mehinger Straße einige Leute mit dem Herausragen eines Gefässes beschäftigt, als einer davon ins Rutschen kam. Der Stein fiel herunter und 7-8 Leute stürzten vom Gerüst nach. Ihnen folgten noch einige Breiter. Ein Glück war es, daß das herunterfallende Gefäß niemanden traf. Immerhin erlitten drei ins Bezirkskrankenhaus gebrachte Leute Verletzungen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse.
St. Wendes, 17. Nov. Die Tendenz der heutigen Börse war schwach. Am Rentenmarkt gab es etwas regeren Verkehr bei teilweise steigenden Kursen.

Stuttgarter Großmärkte
 Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 50 Zentner. Preis 2.70-5 M. - Filderkrautmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 50 Ztr. Preis 2 M. - Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 150 Ztr. Preis 5.50-5.70 M je für 1 Ztr.

Zur Inbetriebnahme des neuen Postamts Calw

Die einheimischen, am Bau beteiligten Firmen
 J. Alber und W. Müller, Maurer- und Dachdeckerarbeiten; J. Henkelmann, J. Hartmann und Chr. Rexer, Schmiedearbeiten; Emil Kirchner, Zimmerarbeiten; J. Kentschler, H. Essig, R. Grießler, Flaschnerarbeiten; G. Dorn, W. Blum, G. Gauß, Glasarbeiten; K. Frey, Cl. Saile, Deckenaufstattung; W. Schäfer, Chr. Braun, R. Heugle, Chr. Buhl, R. Buhl, W. Dalcolmo, Schreinerarbeiten; W. Ziegler und E. Schneider, Elektro-Installation; W. Wadenhuth, H. Essig, R. Grießler, J. Kentschler, sanitäre Anlagen; W. Wadenhuth, L. Kuhn, E. Lebzelter, R. Lebzelter, Liebenzell, Schlosserarbeiten; R. Kirchner, H. Bauer, W. Weber, E. Kolb, Fr. Berner, G. Bayer, Malerarbeiten; R. Walther, Holzschuhböden; H. Ballmann, D. Weiser, E. Widmaier, E. G. Widmaier, H. Wurster, A. Junginger, J. Sauer, H. Bauer, Tapezierarbeiten; G. Herzog, Pferdelieferung; J. Alber, Chr. Sauer, Frau W. Klingel, Gipsarbeiten; E. Maier-Bad Teinach, Mischelkaffplatten.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Donnerstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 9 Ochsen (unverkauft 6), 8 (5) Bullen, 35 (20) Jungbullen, 12 (6) Kühe, 102 (77) Rinder, 190 Kälber, 897 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

Ochsen:	17.11. Pfg.	15.11. Pfg.	Kühe:	17.11. Pfg.	15.11. Pfg.
ausgemästet	29-31	24-27	fleischig	12-15	9-11
vollfleischig	24-27	22-24	geringgenährte	—	—
fleischig	—	—	Kälber:	—	—
Bullen:	—	—	feinste Mast- und beste Saughälber	34-38	36-39
ausgemästet	23-24	24-25	mittl. Mast- und gute Saughälber	30-34	31-35
vollfleischig	21-22	22-23	geringe Kälber	25-28	27-30
fleischig	20-21	20-21	Schweine:	—	—
Jungbullen:	—	—	über 300 Pfd.	43-44	44-45
ausgemästet	31-34	32-34	240-300 Pfd.	42-43	43-45
vollfleischig	24-27	25-29	200-240 Pfd.	41-43	42-44
fleischig	20-23	21-24	160-200 Pfd.	39-41	40-42
geringgenährte	—	—	120-160 Pfd.	39-41	37-39
Kühe:	—	—	unter 120 Pfd.	38-39	37-39
ausgemästet	—	22-25	Sauen	28-35	30-36
vollfleischig	—	17-20			

Marktverkauf: Großvieh lustlos, erheblicher Ueberstand, Kälber und Schweine langsam.

R.C. Berliner Produktenbörse vom 17. November

Weizen märk. 197-199; Roggen märk. 156-158; Braugerste 170-180; Futter- und Industrieerste 161-168; Hafer märk. 129-134; Weizenmehl 24,40-27,25; Roggenmehl 20,20 bis 22,50; Weizenkleie 9,35-9,70; Roggenkleie 8,60-8,95; Viktoriaerbsen 21-26; H. Speiseerbsen 20-27; Futtererbsen 14-16; Leinfuchsen 10,10-10,20; Erdnufuchsen 10,80; Erdnufuchsenmehl 11,10; Trockenschneißel 8,90; extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,30; dto. ab Stettin 11; Speisekartoffeln, weiße 1,10-1,20; dto. rote 1,25-1,30; Obenwälder, blaue 1,10-1,20; andere gelbl. 1,30-1,35; Fabrikkartoffeln in Pfg. 8. Allgemeine Tendenz: matter.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vertriebskosten in Zusatz kommen. Die Schriftl.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Gottesdienste.

(Wochenabschlussgottesdienst erst wieder am 26. November.)
 Totensonntag (26. Sonntag n. d. Dreieinigkeitsfest), 20. Nov. Turmlied 502: Mit Fried und Freud ich fahr dahin.
 Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst: Herrmann. Anfangslied 509: Der Hirt, am Kreuz gestorben. Männerchor: „Herr unser Gott, erbarme dich“.

Anschließend: Gedächtnisfeier am Gefallenenedenkmal.
 Nachm. 2 Uhr: Abendmahlsfeier für Alte und Gebrechliche im Vereinshaus.
 Nachm. 5,30 Uhr: Musikalische Gedenkfeier zum Totensonntag in der Kirche. (Kirchengesangverein und Orchester.) Kirchenopfer zu einem Teil für den Ev. Kriegerdienst, zum anderen für Kriegerverwundetenfürsorge der Kirchengemeinde.

Donnerstag, 24. November.
 8 Uhr: Bibelstunde im Vereinshaus: Noos.
 Gottesdienste der Methodistengemeinde
 Sonntag, 20. November

Calw: Sonntag: 9.30 Uhr vorm. Predigt (Harsch); 2 Uhr nachm. Erntedankfest. — Mittwoch: 8 Uhr abends Bibel- und Gebetsstunde.
 Stammheim: Sonntag: 9.30 Uhr vorm. Predigt; 2 Uhr nachm. Erntedankfest in Calw. — Mittwoch: 8 Uhr abds. Bibel- und Gebetsstunde.
 Dersollbach: Sonntag: 9.30 Uhr vorm. Toten-Gedenkfeier auf dem Friedhof (Fritz); 2 Uhr nachm. Erntedankfest in Calw. — Dienstag: 8 Uhr abends Bibel- und Gebetsstunde.

Vom 20. November 1932 ab werden der Postdienst, die Telegrammannahme und die Geschäfte der öffentlichen Sprechstube in den Diensträumen des neuen Postgebäudes, Badstraße 25, wahrgenommen.
 Krämer, Postamtman.

Öffentlicher Vortrag

Abermorgen Sonntag, 20. Nov. nachmittags 3 Uhr im Hotel Waldhorn Calw, (Saal) Bahnhofstraße 2
 Thema: Das Blindwerk der Abwicklung - oder findet während der 7 Plagen (Jhr. 16) der Rassen- od. Weltkrieg statt?
 Redner: H. Schulte.
 Eintritt frei!

Kaninchenzucht-Berein Calw

Monatsversammlung bei Mitglied Wörz Samstag, den 19. Nov., abends 8 Uhr. Zugleich Anmeldebüchlein zur Lokalausstellung.
 Der Vorstand

Rasiermesser

zieht haarlos ab
 Friseur Odermatt



Kanarienzüchter- und Vogel- schutzverein Altburg und Umg.

hält am Sonntag, den 20. November, im Gasthaus zur „Sonne“ in Altburg seine Kanarienzucht-Ausstellung ab, sowie Vogelchau sämtlicher Vögel. Es kommen auch gut singende Kanarien zur Verlohung. Freunde und Gönner ladet ein.
 Der Verein.

Vieh-, Pferde- und Schweine-Markt in Weilerstadt

am Montag, den 21. November 1932. Beginn des Schweinemarktes um 1/8 Uhr, des Viehmarktes um 1/9 Uhr.
 Viehgermesteramt: Schüb

KAUFHAUS SCHOCKEN, PFORZHEIM

Linoleum, der ideale Fußbodenbelag

Aus neuen Käufen sind große Mengen eingetroffen; unser Lager bietet jetzt wieder eine große Auswahl. Einige Beispiele:

Belag	bedruckt, viele Muster und Farben, ca. 200 cm breit	durchgehend gemustert (linold), viele Farben, ca. 200 cm breit	durchgehend gemustert (Granit), viele Farben, ca. 200 cm breit	durchgehend gemustert (Wespé), ca. 200 cm breit
Fünftel	* 1.65	* 2.95	* 3.10	* 3.35
Anzahlung	qm	qm	qm	qm
Rücklage	Linoleum-Läufer bedruckt, alle Arten, sehr mit neuen Schönheits- zeichnern, viele Farben und Muster	Linoleum-Teppich bedruckt, alle Arten, gute Muster von hübscher Raumwirkung		
Wohnflächen	ca. cm 50 67 90 110 130	ca. cm 150x200 200x250 200x300		
	m 0.95 1.35 1.95 2.35 2.75	Preis 8.50 13.50 15.50		

* Mit kleinen Fehlern in größeren zusammenfassenden Abschnitten.

Totensonntag!

Gedenket der Toten und schmücket ihren Ruheplatz!

Neu aufgenommen Ebbestecke 90 versilbert

Bequeme Teilzahlung!

Billige Herren- u. Damen-Wintermäntel

Unsere Reellität

Kulanz und Leistungsbiligkeit führen zu unserer vorzüglichen Beliebtheit in allen Volkskreisen Jed. Kauf ist streng diskret

HELIOS, Pforzheim, Westl. 44, I.

Nur ständiges Inserieren bringt dem Geschäftsmann Gewinn!

Althengstett, den 17. November 1932.
 Statt jeder besonderen Anzeige.

Todesanzeige



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe treuebsorgte Schwägerin und Tante

Katharine Flik Wwe. geb. Weik

heute früh von ihrem schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.

In stiller Trauer:
 Familie Amalie Weik Wwe. geb. Flik
 Familie Eugen Flik mit Geschwister.
 Beerdigung Sonntag nachmittags 2 Uhr.

Empfehle mich im Haarschneiden Rasieren

und Bublikopfschneiden und bitte um gefl. Unterstützung. (Rein Lade.)
 Friedrich Egner
 Blüchhofstraße 46.

Grippe

Erkältung, Nervosität, Erregungszustände, Schlaflosigkeit, Darmträgheit, Fettleibigkeit, Hustenanfälle, auch Wassersucht. Vorgebeugt, größte Erfolge durch den garantiert echten wohl-schmeckenden „Nerus“ (ges. gesch.)
 Kolundersaft
 Große Packung 2.75.
 Ritter-Drog., Bahnhofstr. 19

Uvenarius-Carbolium

Carl Serva
 Fernsprecher 120

Schirme

werden gut und billig repariert
 J. Eberhard, Calw

Kanarienzucht-Berein Calw

Mehrere Kanarienzucht-Bereine
 feinste Singschüler
 Stück N 5.-, sowie

Zuchtweibchen

Stück N 1.- verkauft
 Chr. Kentschler
 Altburg, Hauptstraße 62

Sauerkraut

empfehle billigt
 Chr. Hägele
 Haarzöpfe
 von Mh. 4.- an
 Friseur Odermatt